

SPERRFRIST 16.12.2015 11 Uhr beachten!

16. Dezember 2015

Romani Rose - Rede Gedenkstätte Sachsenhausen

Lieber Herr Professor Morsch,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Gorholt,
liebe Überlebende,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der 16. Dezember 1942, als Himmler die Deportation unserer Familien nach Auschwitz-Birkenau angeordnet hat, ist eine Zäsur in der Verfolgungsgeschichte unserer Minderheit.

In der Folge wurde nahezu 23.000 Angehörige unserer Minderheit aus ganz Europa, darunter über 10.000 aus Deutschland, in den Lagerabschnitt B II e des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau deportiert. Dort fielen fast alle dem Terror und den unmenschlichen Lebensbedingungen zum Opfer oder mussten in den Gaskammern einen qualvollen Tod erleiden.

Auch der Name des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen steht symbolhaft für diesen radikalen Bruch mit allen Werten, auf denen die menschliche Zivilisation beruht. Hier wurden unsere Menschen misshandelt, erschlagen oder als Sklavenarbeiter buchstäblich zu Tode gehetzt – „durch Arbeit vernichtet“, wie es in der menschenverachtenden Sprache der Nationalsozialisten hieß.

Das Netz der Konzentrationslager, der Erschießungsstätten und der Massengräber mit den ermordeten Angehörigen unserer Minderheit zieht sich über ganz Europa. Über eine halbe Million Sinti und Roma, davon ein großer Teil Kinder und Jugendliche, fielen der systematischen Vernichtung zum Opfer.

Es ist für unsere Minderheit und für die demokratische Entwicklung in Europa von großer Bedeutung, dass das Europäische Parlament am 15. April dieses Jahres mit großer Mehrheit eine EntschlieÙung angenommen hat, die den Völkermord an 500.000 Sinti und Roma – verübt durch die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten – offiziell anerkennt und den 2. August als Europäischen Holocaust-Gedenktag für unsere Minderheit ausdrücklich benennt.

Diese EntschlieÙung auf europäischer Ebene ist angesichts der allgegenwärtigen Diskriminierung von Sinti und Roma in vielen Staaten Europas ein wichtiges politisches Signal. Denn wir beobachten auch bei uns in Deutschland einen deutlichen Anstieg rassistisch motivierter Gewalttaten, wie der jüngste Bericht des Verfassungsschutzes demonstriert.

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Gerade in einer Zeit, in der sich in Europa mehrere Krisen überlagern und die Risse in unserer Gesellschaft immer tiefer werden, bergen rassistische Ideologien wie der Antisemitismus oder der Antiziganismus eine Dynamik, deren Gefahr kaum zu überschätzen ist. Umso wichtiger ist es, dass sich die demokratischen Gegenkräfte formieren.

Rassismus und Populismus bedrohen nicht nur die Rechte von Minderheiten, sondern sie zielen auf das Herz der Demokratie. Deren Errungenschaften zu verteidigen, ist unsere gemeinsame Aufgabe

Angesichts der historischen Dimension der aktuellen Flüchtlingskrise muss Europa als Ganzes Solidarität beweisen. Einzelne Länder können diese Herausforderung nicht alleine bewältigen. Für die Zukunft unserer Kinder hängt viel davon ab, ob Europa, die viel beschworene Wertegemeinschaft, in dieser Krise zusammensteht oder an ihr zerbricht.

Mit Blick auf die Asylverfahren und die Aufnahme von Flüchtlingen brauchen wir möglichst schnell verbindliche europäische Regeln. So lange jedoch dürfen Menschen, die bei uns Hilfe suchen, nicht in Flüchtlinge erster und zweiter Klasse eingeteilt werden.

Dass die öffentliche Debatte um die sogenannten Balkanflüchtlinge in stigmatisierender Weise auf unsere Minderheit fokussiert wird und man die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen dabei völlig ausblendet, ist vor dem Hintergrund der Geschichte zynisch.

Der Zentralrat bewertet in diesem Zusammenhang das Konzept der „sicheren Herkunftsländer“, zu denen jetzt auch Albanien, Kosovo und Montenegro per Gesetz erklärt wurden, als eine Einschränkung des individuellen Grundrechts auf Asyl.

Auf der Grundlage der geltenden Gesetze und internationalen Verpflichtungen müssen alle Menschen, die Opfer von massiver Diskriminierung und rassistischer Gewalt sind, Schutz erhalten. Die Prüfung, ob ein asylrechtlich relevanter Fall vorliegt, obliegt den Behörden und Gerichten und muss sich stets am Einzelfall orientieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gerade ein Menschenleben her, seit sich Millionen Deutscher auf der Flucht befunden haben: als Folge des von Nazi-Deutschland entfesselten Eroberungs- und Vernichtungskriegs.

In den Jahrzehnten, die seither vergangen sind, hat sich in der Bundesrepublik eine demokratische Kultur und eine offene Gesellschaft entwickelt, auf die wir wahrlich stolz sein können.

Ich bin daher trotz allem guter Hoffnung, dass unsere gefestigte Demokratie auch die aktuellen Herausforderungen bewältigen wird.

Ich danke Ihnen.